

Beschluss-Vorlage 2014/0345 zur Sitzung am 23.10.2014
des HAUPTAUSSCHUSSES

TOP 8

öffentlich

Betreff: Haushalt 2014; Bericht über die Entwicklung der ersten neun Monate

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

<u>Kosten laut Beschlussvorschlag:</u>	<u>Kosten der Gesamtmaßnahme</u>	<u>Folgekosten</u>
Euro	(nur bei Teilvergaben)	einmalig
Kosten lt. Kostenschätzung		lfd. jährl.
Euro	Euro	Euro

Veranschlagt im Ergebnis-HH 2014	im Investitions-HH 2014	mit Euro	Produktkonto Haushaltsansatz Bereits vergeben
--	----------------------------	-------------	---

Der zuständige Referent / Die zuständige Referentin
wurde gehört hat zugestimmt hat nicht zugestimmt

Sachverhalt:

Aus der beiliegenden Kontenübersicht (Stand 30.09.2014) ist die Entwicklung des städtischen Haushaltes bis zum 30.09.2014 ersichtlich.

Zu beachten ist, dass die bei Kontenklasse 40* - Steuern und ähnliche Abgaben - unter "Ergebnis/Soll III/2014" ausgewiesenen Beträge bis 30.09.2014 nur zu dem Betrag eingegangen sind, der unter den „Zahlungen/Ist“ erfasst ist. Hinsichtlich der Gewerbesteuer, des Einkommen- und Umsatzsteueranteils, der Einkommensteuerersatzleistung (S. 1) und der Gewerbesteuerumlage (S. 9) wird auf die jeweiligen Anmerkungen ergänzend verwiesen.

Die vorliegenden Daten gliedern sich auf in die Stände der Ergebnisrechnungskonten (Anlage 1) sowie der Bestandskonten (Finanzhaushalt aus Investitionstätigkeit – Anlage 2). Fragen zu einzelnen Konten werden von der Verwaltung in der Sitzung gerne beantwortet.

Aus der Haushaltsübersicht für den Zeitraum bis 30.09.2014 ist folgendes Wesentliche erkennbar:

A) Allgemein

Den detaillierten Zahlen vorangestellt wird eine Übersicht über das **ordentliche (Gesamt)-Ergebnis**. Das **ordentliche Ergebnis** wiederum gliedert sich auf in das **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (S.11)** und das **Finanzergebnis (S.12)**. Weiter wird das **außerordentliche Ergebnis (S. 12)** separat dargestellt.

Das **ordentliche Ergebnis (S. 1)** schliesst mit einem Überschuss in Höhe von rd. 312.056 Euro zum 30.09.2014. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Anteile an der Lohn- und Einkommensteuer bzw. die Umsatzsteuerbeteiligung sowie die Verrechnung der Gewerbesteuerumlage erst zum 31.10.14 gutgeschrieben werden und bei einigen Positionen bereits der Gesamtbetrag der Erträge bzw. Aufwendungen für das komplette Jahr 2014 verbucht wurden. Dies ist beispielsweise bei der Kreisumlage (Konto 537200) der Fall.

Unter Berücksichtigung der v.g. Zahlungen von insgesamt rd. 6.496.119 Euro ergäbe sich ein **bereinigter Stand mit einem Überschuss in Höhe von 6.808.175 Euro** (ohne Berücksichtigung der Abschreibungen in Höhe von rd. 2,5 Mio Euro).

Das **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (S. 11)** schliesst mit einem Überschuss in Höhe von 1.055.763 Euro, **bereinigt allerdings mit einem Überschuss von 7.551.882 Euro (ohne Abschreibungen)**.

Das **Finanzergebnis (S. 12)** schliesst mit einem Fehlbetrag von 743.707 Euro. Die v.g. Ausführungen gelten auch hier. Während auf der Aufwandsseite die Gesamtjahressollstellung berücksichtigt wurde, sind die Erträge nur zum Stand 30.09.14 ausgewiesen.

Insgesamt gesehen liegen die Erträge des Ergebnishaushaltes im Zeitraum bis 30.09.2014 etwas über den eingeplanten Ansätzen. Auf der Ausgabenseite des Ergebnishaushaltes liegen die Planansätze - insgesamt gesehen - im Rahmen. Die Einnahmen und Ausgaben des Finanzhaushaltes aus Investitionstätigkeit sind größtenteils nicht steuerbar.

Auf die detaillierten Einzelmerkungen (Teil B) wird ergänzend hingewiesen.

Die finanztechnische Entwicklung (Kassenbewirtschaftung) verläuft bislang zufriedenstellend. Kassenkredite mussten bislang nicht in Anspruch genommen werden.

B) Einzelmerkungen:

Die **Einkommensteuerrate III/2014** beträgt **6.198.551 Euro** und **liegt um rd. 7,22 % über dem Aufkommen des 3. Quartals 2013**. Für die ersten neun Monate 2014 ergibt sich damit ein Plus von rd. 6,3 % gegenüber dem Vorjahr (Plan: 3,8 %). Für das 4. Quartal 2014 wird ein Abschlag in 12/14 (Ergebnis 3. Quartal 2014 + 10 %) ausgezahlt (Endabrechnung in 01-02/2015). Somit ergibt sich in 2014 beim Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer **ein Mehraufkommen von rd. 0,91 Mio Euro**. Wie sich die Spitzabrechnung des 4. Quartals 2014 in 2015 darstellt, bleibt abzuwarten.

Bei der **Einkommensteuerersatzleistung** des Landes für Verluste aus dem Familienleistungsausgleich belief sich der Anteil im 3. Quartal 2014 auf **542.787 Euro (III/2013: 503.558 Euro = +7,79 %)**. In den ersten neun Monaten 2014 ist damit ein Plus von rd. 2,8 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Unter Berücksichtigung der Abschlagszahlung für das 4. Quartal 2014 (Abschlag IV/2014 = III/2014), ergeben sich hier **Mehreinnahmen von rd. 45.965 Euro**.

Die **Umsatzsteuerbeteiligung** wegen des Wegfalls der Gewerbekapitalsteuer beträgt im dritten Quartal 2014 **190.865 Euro** (+2,28 % gegenüber III/2013). Damit schliessen die ersten neun Monate um rd. 3,18 % höher als in 2013. Hier ergeben sich in 2014 Mehreinnahmen **von rd. 1.263,00 Euro**.

Zusammengefasst lässt sich bei diesen drei Einnahmearten feststellen, dass für 2014 **Mehreinnahmen von rd. 960.312 Euro** gegenüber dem Ansatz gegeben sind.

Hinzuweisen ist darauf, dass diese Mehreinnahmen aus heutiger Sicht in 2016 zu einer finanziellen Mehrbelastung in Höhe von rd. 450 T€ bei der Kreisumlage führen werden.

Das **Gewerbesteuersoll** liegt bereinigt derzeit (Stand: 07.10.14) bei **rd. 12,92 Mio Euro** (Ansatz: 11,75 Mio Euro). Zum 16.10.13 betrug das bereinigte Gewerbesteuersoll rd. 10,08 Mio Euro. Vorsichtig geschätzt ist ein Gewerbesteuersoll zum Jahresende von rd. 13,00 Mio Euro denkbar.

Kommt ein Gewerbesteueraufkommen von 13,00 Mio Euro, beträgt die **Gewerbesteuerumlage 2014** rd. 2.718.180 Euro. Bereinigt um eine Nachzahlung für 2013 in Höhe von rd. 503.142 Euro ergeben sich damit Mehrausgaben im Vergleich zum **Ansatz in Höhe von rd. 0,26 Mio Euro**.

Die aus dem erhöhten Gewerbesteueraufkommen resultierende Mehrbelastung bei der Kreisumlage in 2016 beträgt rd. 472,5 T€. Die Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen ist aus heutiger Sicht nicht absehbar.

Während beim Aufkommen aus den **Grundsteuern A und B** insgesamt **Zuwächse von rd. 70.794 Euro** gegenüber dem Planansatz zu verzeichnen sind, entwickelt sich die **Zweitwohnungssteuer** etwas schlechter als geplant (**-13.498 Euro**).

Der Anteil an der **Grunderwerbsteuer** entwickelt sich bislang erfreulich gut und liegt mit einem Einnahmenstand von rd. 1,8 Mio Euro **über dem prognostizierten Wert für die ersten neun Monate** (Ansatz 2014 insgesamt = 1,6 Mio Euro). Gerechnet wird hier mit **Mehreinnahmen von voraussichtlich rd. 0,8 Mio Euro zum Jahresende**.

Der **Kfz-Steueranteil 2014** der Stadt Germering beträgt rd. 391.600,00 Euro und liegt damit um 26.600 Euro über dem Ansatz (**365.000 Euro**).

Die **Zinserträge aus Geldanlagen** entwickeln sich trotz des niedrigen Zinsniveaus in etwa gemäß den Ansätzen.

Bei der **Verzinsung von Steuerforderungen** ist auf der Ertragsseite der Ansatz zum 30.09.14 schon leicht überschritten (**bereinigt + rd. 21.219 Euro**) und auch bei den Aufwendungen (Steuernachforderungszinsen) ergeben sich derzeit **Minderausgaben in Höhe von 31.871 Euro** (auszugehen ist davon, dass der Ansatz in Höhe von 50.000 Euro Bestand haben wird).

Im Rahmen der **Budgetabrechnung der Jahre 2008-2011 für den Eigenbetrieb Stadtwerke** wurde eine Rückforderung in Höhe von insgesamt rd. 360.000 Euro berechnet. Eingeplant wurden lediglich 100.000 Euro (**Mehreinnahmen von rd. 260.000 Euro**).

Bei den Ansätzen für die **Personalausgaben** (2014: rund 15,4 Mio Euro) gibt es aus heutiger Sicht geringfügige Änderungen aufgrund des aktuellen Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst, der ab dem 01.03.2014 in Kraft getreten ist. Danach steigen die Personalaufwendungen für die Beschäftigten

rückwirkend zum 01.03.2014 um 3,0 % bzw. mindestens 90 Euro und zum 01.04.2015 um weitere 2,4 %. Einkalkuliert wurden Steigerungsraten von 3 % in 2014 und 2,5 % in 2015. **Insgesamt hat der Ansatz für die Personalausgaben auf Grund anderer Veränderungen aber Bestand.**

Die endgültige **Kreisumlage** beträgt unter Zugrundelegung eines Umlagesatzes von 53,20 v.H. 19.161.978,19 Euro (Ansatz 19.162.000 Euro).

Die Kosten für den **Budgetvortrag der budgetierten Einrichtungen** liegen mit **rd. 4.700 Euro unter dem eingeplanten Ansatz** von 20.000 Euro.

Beim städtischen **Zuschuss an die VHS** ist mit **Minderausgaben von rd. 7.000 Euro** zu rechnen, da die Budgetrückforderung aus dem Vorjahr höher als erwartet ausfällt (Ansatz: 10.000 Euro).

Wie bereits im Bericht zur Entwicklung des Haushaltes zum 30.04.14 ausgeführt entstehen **Mehraufwendungen von insgesamt rd. 350.250 Euro** für die Erhöhung der Budgets der Kirchenschule und Stadthalle sowie bei den Energiekosten wegen eines geänderten Abrechnungsmodus.

Weiter entstehen **Mehrkosten von insgesamt rd. 34.000 Euro** auf Grund der Beschlussfassung des Sozial- und Jugendausschusses am 15.05.2014 für den Integrativen Kinderhort an der Kirchenstraße (Änderungen in der Gruppenstruktur), die Einrichtung einer weiteren Mittagsbetreuungsgruppe in der Theresen-Grundschule, einen Zuschuss an einen gemeinnützigen Träger eines Kindergartens sowie ein Musikprojekt in der Kerschensteinerschule.

Für einen etwas **erhöhten Bauunterhalt** in einzelnen Bereichen ergeben sich **Mehrungen von rd. 20.000 Euro.**

Die Mehrungen auf Grund der Budgeterhöhungen (siehe TOP 7 ö) wurden zum größten Teil bereits beim Halbjahresbericht berücksichtigt.

Für die **Anmietung von Containern für die Offene Ganztageschule Kerschensteinerschule** fallen heuer nicht eingeplante Kosten **in Höhe von rd. 36.000 Euro** für die Anmietung und weitere Maßnahmen an (Beschluss Sozialausschuss vom 24.07.2014).

Ob die veranschlagten **Einnahmen aus Parkplatzgebühren, Bestattungs- und Grabgebühren, Personalausweis- und Reisepassgebühren, Gebühren aus den Baugenehmigungsverfahren und den Mieten und Pachten wie Nebenkostensätzen u.ä.** exakt erreicht werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbar (hängt größtenteils von nicht beeinflussbaren Faktoren ab). Insgesamt kann jedoch davon ausgegangen werden, dass eventuelle Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben in diesem Bereich aus heutiger Sicht durch anderweitige Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben mehr als kompensiert werden können.

Die **Einnahmen und Ausgaben des Finanzhaushaltes aus Investitionstätigkeit** sind größtenteils nicht steuerbar.

Bei der **Stellplatzablöse** ergeben sich aus heutiger Sicht voraussichtlich **Mehreinnahmen von rd. 8.516 Euro.**

Die Einnahmen aus **Erschliessungsbeiträgen** entwickeln sich **gemäß dem Ansatz** (82.800 Euro)

Bereits erläutert wurden im Rahmen der letzten Berichterstattung Mehrausgaben von insgesamt

rd. 61.450 Euro auf Grund der Erhöhung der investiven Budgets der Stadthalle und der Kerschensteinerschule sowie für einen Investitionszuschuss zum Umbau der Toilettenanlage in der Kindertagesstätte St. Nikolaus.

V.g. Mehrungen im investiven Bereich können durch Mehreinnahmen bei der **Investitionspauschale** – diese liegt mit **rd. 58.787 Euro über dem Ansatz** von 315.000 Euro – annähernd kompensiert werden.

Für die **Generalsanierung der Kerschensteinerschule** fallen insgesamt Projektmerkkosten in Höhe von rd. 425.000 Euro an, die **haushalterisch mit einer Überschreitung von 327.000 Euro** zu Buche schlagen (Stadtrat vom 01.07.2014).

Wie sich die Kosten für die **Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungseinrichtungen** entwickeln ist derzeit nicht absehbar. Versucht wird, die bislang bekannten Mehraufwendungen (z.B. Kostensteigerung Erweiterung Kindergarten Stadthalle, Mehrungen Krippe Theodor-Heuss-Str.) über in Aussicht gestellte, höhere Förderungen nach dem Krippenfinanzierungsprogramm auszugleichen.

Für die **Herstellung des Provisoriums in der Augsburgers Straße** geht die Verwaltung von geschätzten **Gesamtkosten in Höhe von rd. 200.000 Euro** aus (Mietkosten für die Container zzgl. Kosten für Fundamente, Auf- und Abbau u.ä.), die bislang nicht veranschlagt waren.

Die eingeplanten **Zuwendungen nach Art. 10 FAG bzw. dem Krippenfinanzierungsprogramm** werden heuer nicht in voller Höhe eingehen. Hier ergibt sich eine Verschiebung nach 2015 ff.. Da in gleichem Maße aber die Baukosten bzw. Investitionszuschüsse für die einzelnen Maßnahmen nicht in 2014, sondern ebenfalls erst in den Folgejahren anfallen, ergeben sich für 2014 keine nennenswerten finanziellen Auswirkungen.

Der **Investitionszuschuss für die Generalsanierung des SVG Vereinsheimes erhöht sich** um rd. 95.461,02 Euro auf nunmehr insgesamt 1.291.707,02 Euro (Hauptausschuss vom 22.07.14). Haushalterisch bedeutet dies **Mehrkosten von rd. 63.500 Euro**.

Die **Realisierung des Kleinen Stachus** verschiebt sich von 2014 auf 2015. Hier war bislang die abschnittsweise Ausführung angedacht. Aus planungs- und bautechnischen Gründen wurde in der Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Bauausschusses vom 05.06.14 beschlossen, die Maßnahme komplett in 2015 durchzuführen. Dies bedingt in 2014 einerseits Minderkosten für den Straßenbau, andererseits entfallen die anteiligen in Aussicht gestellten Mittel aus der Städtebauförderung („Netto“-auswirkung: Minderausgaben von rd. 840.000 Euro). Hinzuweisen ist aber darauf, dass es sich hier um keine „echte“ Einsparung, sondern lediglich um eine Verschiebung von Haushaltsmitteln in die Folgejahre handelt.

Für die **Neubeschaffung einer Kehrmaschine** fallen **Mehrkosten in Höhe von rd. 27.000 Euro** an (Vergabebeschluss UPA 25.09.2014).

Für die **Einrichtung einer Übergangsklasse in der Kirchenschule** ergeben sich **Mehrausgaben von rd. 5.000 Euro**.

C) Zusammenfassung

Bei den Investitionen erhöht sich der Finanzbedarf um rd. 617 T€. Für Tilgungsleistungen fallen entsprechend dem Ansatz rd. 0,85 Mio Euro an. Im investiven Bereich wird damit für 2014 insgesamt mit einem prognostizierten Finanzbedarf von rd. 12,23 Mio Euro kalkuliert (Ansatz: 11,61 Mio Euro).

Im laufenden Bereich ergeben sich nach den v.g. Ausführungen aus heutiger Sicht Mehreinnahmen von rd. 3.375 T€, denen Mehrausgaben von rd. 688 T€ gegenüber stehen. Daraus resultiert ein prognostizierter Liquiditätsüberschuss im lfd. Bereich von rd. 6,18 Mio Euro (Ansatz: 3,49 Mio Euro).

Finanzierungsmittel stehen gemäß Haushaltsplan in Höhe von 11,8 Mio Euro aus liquiden Mitteln zur Verfügung. In 2014 ist keine Darlehensaufnahme vorgesehen.

Damit verbleibt aus heutiger Sicht ein voraussichtlicher Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres in Höhe von rd. 5,75 Mio Euro (Ansatz: 3,68 Mio Euro).

Insgesamt zeigt sich, dass der Haushalt 2014 Bestand hat.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht über die Entwicklung des Haushaltes 2014 in den ersten neun Monaten zur Kenntnis.

Günther Gaillinger - René Mroncz - Andrea Voß

genehmigt OB

Bestandskonten Stand 30092014
Ergebnisrechnungskonten Stand 30092014